

[REDACTED]

Von: bgm-buero@steyr.gv.at
Gesendet: Mittwoch, 6. Dezember 2023 08:47
An: [REDACTED]
Betreff: AW: Demonstrationen

Sehr geehrte [REDACTED]

Im Auftrag von Bürgermeister Ing. Vogl darf ich Ihnen für Ihre Nachricht vom 4. Dezember 2023 danken. Wir können Ihren Ärger sehr gut nachvollziehen. Auch Bürgermeister Vogl und die Mehrheit der Steyrer Bevölkerung haben kein Verständnis für die wöchentlichen Versammlungen. Rechtlich gibt es jedoch keine Möglichkeit die Versammlungen zu unterbinden. Konkret heißt es dazu:

„Bei der Abhaltung einer Kundgebung, Demonstration, Manifestation etc. handelt es sich – rechtlich – nicht um eine Veranstaltung, sondern um eine Versammlung iSd. Versammlungsgesetzes 1953, BGBl. 98/1953 (WV) in der geltenden Fassung. Solche Versammlungen sind in einer Demokratie (grund-) rechtlich besonders geschützt, um etwa auch Interessengemeinschaften, welche politisch nicht oder wenig repräsentiert sind, die Ausübung der Grundrechte auf freie Meinungsäußerung oder auf Versammlungsfreiheit gewähren zu können. Diese Grundrechte sind insbesondere auch in der Europäischen Menschenrechtskonvention vorgesehen und stehen in der österreichischen Rechtsordnung auch verfassungsrechtlich abgesichert.“

Der beschriebene Schutz von Minderheiten ist auch aus unserer Perspektive unanfechtbar. Dennoch braucht es für die politischen VerantwortungsträgerInnen Möglichkeiten die Rahmenbedingungen von Versammlungen so zu gestalten, dass die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger in der Stadt gewahrt werden (mögliche Untersagung, Demonstrationsrouten, Schutzzonen etc.). Aufgrund der unbefriedigenden rechtlichen Situation hat Bürgermeister Vogl bereits im Jänner 2022 gemeinsam mit dem Bürgermeister der Stadt Linz, Klaus Luger, eine Pressekonferenz zum Thema „Gesetzesänderung gegen willkürlichen Missbrauch der Versammlungsfreiheit unbedingt erforderlich“ abgehalten. Die Unterstützung der Landes- und Bundesregierung war dabei leider sehr überschaubar.

Zu den Versammlungen an sich sei erwähnt, dass es aus sachlicher Sicht der Landespolizeidirektion Oberösterreich obliegt als zuständigen Versammlungsbehörde zu prüfen, ob die Versammlung den Voraussetzungen (z.B. wegen Verstoßes gegen das NS-Verbotsgesetz oder wegen Sachbeschädigung, Landfriedensbruch, Körperverletzung) zuwiderläuft oder ihre Abhaltung die öffentliche Sicherheit (z.B. lange währende, extreme Störung des Straßenverkehrs mit überregionalen Auswirkungen) bzw. das öffentliche Wohl (z.B. lang währende, exzessive Lärmerregung) zuwiderläuft. Diese Grenze sieht die LPD Oberösterreich aufgrund der grundrechtsfreundlichen höchstgerichtlichen Rechtsprechung zum Versammlungs- bzw. Demonstrationsrecht bislang noch nicht überschritten.

Bürgermeister Ing. Vogl steht, wie die Mehrheit der Steyrerinnen und Steyrer unmissverständlich für ein tolerantes, offenes und fortschrittliches Steyr und eben gegen Intoleranz, Abwertung und Gewalt. Diese Position vertritt er seit Anbeginn der Spaziergänge. Im Rahmen seiner Möglichkeiten unterbindet er auch Veranstaltungen, die abseits des Versammlungsrechtes in Steyr geplant werden, wie Sie in folgendem Artikel der OÖN nachlesen können: <https://www.nachrichten.at/oberoesterreich/steyr/grenze-ist-ueberschritten-steyr-laedt-corona-gegner-aus-dem-alten-theater-aus;art68,3756074>. Solange es jedoch keine rechtlichen Rahmenbedingungen gibt, kann auch der Bürgermeister nur an die Stadtpolizei bzw. die Landespolizei Oö appellieren, die Versammlungsvoraussetzungen und den Ablauf genauestens zu kontrollieren.

Wir wünschen Ihnen und Ihrer Familie trotz der fordernden Zeiten eine schöne Adventzeit und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

Magistrat Steyr | Büro des Bürgermeisters
A 4400 Steyr | Stadtplatz 27

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
www.steyr.gv.at

Informationen zum Datenschutz finden Sie unter: <https://www.steyr.gv.at/datenschutz>

UID ATU39244108 | Aufsichtsbehörde pA Amt der Oö. Landesregierung | 4021 Linz, Landhausplatz 1

Von: [REDACTED] **Im Auftrag von** office@steyr.gv.at

Gesendet: Montag, 4. Dezember 2023 08:56

An: bgm-buero@steyr.gv.at

Betreff: WG: Demonstrationen

Zur Info

Mit freundlichen Grüßen

[REDACTED]

Magistrat Steyr | Magistratsdirektion
IT und Informationsservice | Post- und Aktenmanagement
A 4400 Steyr | Stadtplatz 27

[REDACTED]
[REDACTED]
www.steyr.gv.at

„Informationen zum Datenschutz finden Sie unter: <https://www.steyr.gv.at/datenschutz>“

UID ATU39244108 | Aufsichtsbehörde pA Amt der Oö. Landesregierung | 4021 Linz, Landhausplatz 1

Von: [REDACTED]

Gesendet: Montag, 4. Dezember 2023 07:30

An: office@steyr.gv.at

Betreff: Demonstrationen

Sehr geehrte Gemeinde Oberhäupter!

Ich war heute in Steyr Stadtplatz unterwegs und kam dabei mit den Demonstranten in Kontakt:

Ich habe die Typen gefragt wogegen sie demonstrieren....

-der Erste sagte gar nix

-der Zweite sagte: ja...wogegen demonstrieren wir.....wir demonstrieren gegen alles

-der Dritte sagte nach einiger Zeit....gegen die WHO, Neutralität (dafür oder dagegen??), die Corona
Impfpflicht (ist die noch aktuell?)

zur WHO sagte er, da gibt es einen (ich weiß den Namen nimmer), wenn der gewählt wird, dann bestimmt der
Weltweit über Impfpflicht und was weiß ich noch.....er sagte: wenn also einer ein Wimmerl auf der Wange hat
dann wird gleich eine weltweite Pandemie ausgerufen....

bist du deppat , so ein Schwachsinn, 3 Typen von vielleicht 20,
denkst du irgend jemand von denen hat den Gesetzestext der WHO gelesen? (und verstanden!!)

solche Demonstrationen bringen doch nix, besonders auch deshalb, weil ich doch nicht gegen mehrere (oder eh
gleich alles , nur weiß keiner gegen was) Sachen zugleich demonstrieren kann

das bringt nur Ärger, Außenstehende tun die sowieso als Schwachsinnige ab.....

Ich habe vorgestern im Internet (digitales Amt, ist sehr zu empfehlen, auch für alles andere) einige Volksbefragungen unterzeichnet, ich weiß nicht wie viele, 15? da kann man was beeinflussen, ab einer bestimmten Stimmenanzahl muss das Thema im Parlament behandelt werden.

es gibt Volksbefragungen zu allem möglichen: WHO, Gendern, Pandemie, Corona, Schulbildung, Staatsschulden, Van der Bellen,....usw....usw

Ich ersuche sie, solche Demonstrationen zu verbieten, bzw. nicht zu genehmigen.
Weiters könnten sie von den Demonstranten einen Betrag einheben, welcher für den nicht geringen Polizeieinsatz verwendet werden soll.

mfg